

Beilage 1911/2009 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags

betreffend Maßnahmen gegen die Zunahme antidemokratischer und menschenverachtender Extremismen mit Schwerpunkt auf aktuellen neonazistischen Vorfällen

Gemäß § 26 Abs. 6 Öö. LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Die Öö. Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich Maßnahmen zu treffen und sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass

1. Österreichs Demokratie durch verstärkte Maßnahmen der politisch und gesellschaftlich relevanten Entscheidungsträger vor den Auswüchsen jeglicher extremistischer und demokratiefeindlicher Strömungen geschützt wird,
2. antidemokratische und menschenverachtende, sowie neonazistische und antisemitische Vorfälle, die laut dem Verfassungsschutzbericht 2008 stark zunehmen, kriminalistisch und juristisch konsequent verfolgt werden und die zuständigen Behörden alles in ihrer Macht stehende tun, um diese mittels gezielter Präventionsarbeit in Zukunft zu unterbinden,
3. ab dem nächsten Verfassungsschutzbericht des Bundes für 2009 alle darin angeführten Tathandlungen bundesländerspezifisch aufgeschlüsselt werden,
4. eine Studie in Auftrag gegeben wird, die das Thema "Jugendkriminalität mit Schwerpunkt Neonazismus" erforscht,
5. an allen österreichischen Schulen im Rahmen der Politischen Bildung in Zusammenarbeit mit den Eltern sowie den Jugend-, Sport- und Freizeitvereinen konsequente Bewusstseinsbildung und gezielte Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Begründung

Die Zunahme von Straftaten, erzeugt durch politischen, religiösen oder anders begründeten Fundamentalismus in unserem Land, schadet nicht nur der Reputation Österreichs in der Welt, sondern ist auch eine Bedrohung für unser Zusammenleben und die Demokratie selbst.

Angesichts der aktuellen Ereignisse und des zahlenmäßig nachgewiesenen Aufkeimens von Extremismen - insbesondere neonazistischer und antisemitischer - sind das Innen-, Justiz- und das Unterrichtsministerium gefordert, diese negative Entwicklung nicht nur statistisch zu begleiten, sondern durch Präventionsmaßnahmen schon im Vorhinein zu verhindern und im Anlassfall kriminalistisch und juristisch konsequent zu verfolgen. Besonders Oberösterreich hat in diesem Zusammenhang seine Verantwortung wahrgenommen und nutzt insbesondere die Aufarbeitung der Geschichte des Schlosses Hartheim zur Präventionsarbeit.

Ein Anzeichen für fehlendes demokratisches Verständnis ist es, wenn einzelne junge Menschen in unserem Land offen provozieren, indem in ehemaligen Konzentrationslagern und Gedenkstätten NS-Symbolik nachgeahmt wird. Wenn diese sich laut eigenen Aussagen nichts dabei

denken, wird deutlich, dass auch bei der Bewusstseinsbildung im Elternhaus angesetzt werden muss und in den österreichischen Schulen noch viel demokratiepolitische Arbeit geleistet werden muss. Ziel aller demokratischen Kräfte muss sein, dass Jugendliche durch ausführliche Aufklärung gar nicht erst auf die Idee kommen, derartige menschenverachtende Aktionen zu setzen.

Unerlässlich erscheint in diesem Zusammenhang die Erstellung einer wissenschaftlichen Studie mit Mitteln der Dunkelforschung über die Hintergründe, die Motive und das Ausmaß der Gewaltbereitschaft und Neigung zu extremistischem Gedankengut von Jugendlichen, um damit repräsentative Erkenntnisse für Maßnahmen im Bereich nachhaltiger Prävention von Jugendkriminalität und Neonazismus - sowie anderer Formen des Extremismus - den jeweiligen Verantwortungsträgern zu Verfügung stellen.

Demokratie bedeutet Freiheit, Vielfalt und Toleranz. Diese Grundwerte gelten so lange, so lange sie auch von der Gesellschaft gelebt und gegen antidemokratische, autoritäre und menschenverachtende Extremismen verteidigt werden. Die unterzeichneten Abgeordneten unterstützen den Kampf gegen alle Formen von Extremismus, und möchten diesen Antrag an die Bundesregierung als Signal dafür verstanden wissen, dass Österreich - begründet in der Erfahrung seiner prägenden Geschichte - keine Toleranz gegenüber antidemokratischen und menschenverachtenden Extremismen zeigt.

Linz, am 16. Juni 2009

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Kraler, Chansri, Weichsler-Hauer, Affenzeller, Pilsner, Sulzbacher, Prinz, Schmidt, Lindinger, Schenner, Eidenberger, Jahn, Mühlböck, Bauer, Lischka, Röper-Kelmayr, Kapeller

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Brunner, Schürerer, Frauscher, Eisenrauch, Kiesel, Hüttmayr, Entholzer, Bernhofer, Stanek, Lackner-Strauss, Mayr, Orthner, Ecker, Aichinger, Schillhuber, Steinkogler, Strugl, Weixelbaumer, Weinberger, Baier, Pühringer, Jachs, Hingsamer, Brandmayr

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz